INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

Nr. 112/02/16

Eine Landwirtschaft die für den Export produziert, macht sich von den Weltmärkten abhängig, kann nicht mehr selbstbestimmt produzieren!

(W. Lampert – BIO-Pionier)

# DER UNDEMOKRATISCHE, INTRANSPARENTE VEREIN

Schon einmal etwas gehört von einem österreichischen Verein wo Vorstand und Vollversammlung ident sind? Wo über ein Budget in Millionenhöhe, finanziert aus Pflichtbeiträgen der Mitglieder, völlig intransparent und geheimhaltend verfügt wird? Wo elf ÖVP-Spitzenfunktionäre, von denen zwei gar nicht bekanntgemacht werden, schalten und walten, grad wie es ihnen beliebt, als ob dies ihre private Firma wäre? Obwohl sie die Aufgabe, den Auftrag haben, 140.000 Familien und deren berufliche Interessen zu vertreten. Ein Verein dessen Obmann und einer seiner Stellvertreter ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat und damit dem Clubzwang unterworfen sind, folglich gar nicht parteiunabhängig entscheiden können – selbst wenn sie dies wollten, was eigentlich ihre Pflicht ist. Ein Verein, der sich "Landwirtschaftskammer Österreich" nennt, der als Dachverband sowohl von neun gesetzlichen Interessenvertretungen wie auch als einer der vier Solzialpartner parteiunabhängig sein muss und de facto nichts anderes ist als ÖVP-Parteiverein.

Der UBV hat seit jeher diesen "Verein" als völlig unzureichend und undemokratisch kritisiert und die Errichtung einer Bundeslandwirtschaftskammer gefordert, als tatsächlich gleichgestellten Sozialpartner zur Bundeswirtschafts- und zur Bundesarbeitskammer. Dies wussten Bauernbund- und ÖVP-Führung bis heute zu verhindern, machten daraus eine Institution mit Alleinvertretungsanspruch für ALLE Bäuerinnen und Bauern, allein zuständig für die österreichische Agrarpolitik. Frage, welche Vereinsbehörde hat diesen Verein genehmigt, der in wesentlichen Belangen dem geltenden Vereinsgesetz nicht entspricht? Seit Jahrzehnten scheint dies keine der im Parlament vertretenen Parteien zu interessieren, weder die althergebrachten, noch die neuen. Das lässt den Schluss zu, dass sie alle an der Bauernschaft nur zu Wahlzeiten interessiert sind. (Fortsetzung Seite 3)

### **BILLIG GIBT'S NICHT!?**

Wirklich nicht? An wen richtete sich eigentlich dieser Appell den die Abgeordnete zum Europaparlament und neue Präsidentin des ökosozialen Forums, Elisabeth KÖSTINGER, dort zu einem Hauptthema machte und erklärte: "Es brauche ein Umdenken, auch was den Lebensstil und die Ernährungsgewohnheiten anbelangt. Billige Produkte sind gefragt, Fleisch werde in Österreich zu 60 % über Aktionen abgesetzt. Aber billig gibt's nicht, jemand zahlt immer und in unserem Fall ist es die Landwirtschaft."

Waren da diesbezüglich nicht schon einmal recht zögerlich und wenig nachdrücklich anmutende erfolglose Gespräche mit dem Handel, der jede Schuld weit von sich wies? Hat man darüber eigentlich auch schon mit der eigenen Klientel, den Molkerei- und Käsereigenossenschaften, den Schlachthofbetreibern ein sehr ernstes Wort gesprochen?

Wenn der Handel wie er nachdrücklichst betont, bei seinen "Aktionen" nie unter dem "Einstandspreis" verkauft, dann müssen ihm wohl diese Produkte schon stark verbilligt angeboten werden.

Der UBV hat dies in der oö Kammervollversammlung vom 18.12.2015 zum Thema gemacht. Er hätte von der stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der "Berglandmilch", die ja zu den Lieferanten zählt, erfahren wollen, ob und mit welcher Verbilligung diese Genossenschaftsmolkerei Produkte wie Joghurt, Milch oder Käse an die großen Lebensmitteldiskonter verkauft. Aber die Frau Kammerrat Margit STEFFELDEMEL konnte

leider an dieser Vollversammlung nicht teilnehmen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, denn diese Frage bleibt Thema, dafür wird der UBV sorgen. Bisher unbeantwortet blieb ja auch die Frage wer qualitativ hochwertigen, gentechfreien Schnittkäse zum Schnäpppchenpreis von 2,56 Euro je Kilo nach Deutschland exportiert hat, was nachher noch als besonderer Exporterfolg dick herausgestrichen wurde. WORAUS RESULTIEREN DIE MITTEL, welche der Verarbeitungsbetrieb zur Kostenabdeckung benötigt? Wie immer auch, die Zahler sind die Milchbauern!

"Billig gibt's nicht", das widerlegt zum Beispiel SPAR mit regelmäßig angekündigten Aktionen. Da gab es zum Beispiel am 19. und 20. Feber 2016 "Hammerpreise" bei SPAR mit 50 Prozent Verbilligung auf Schweineschulter, -karree und -schopf, also just auf jene Gustostückerl, von denen LR Max HIEGELSBERGER in der erwähnten Vollversammlung erklärte, dass diese 60 Prozent gut am Inlandsmarkt absetzbar seien. Von jenen 40 %, die Exportsorgen bereiten, sieht man kaum etwas in den Kühlvitrinen als Frischfleisch, dafür wird keinerlei Aktion gestartet.

"Billig gibt's nicht"? Aber doch, denn mit "Minus 25 Prozent sparen" auf einen Lebensmittel- oder Getränkeartikel, warben SPAR, EUROSPAR und INTERSPAR vom 22. bis 25. Feber. Wie schon erwähnt, der Handel weist alle Vermutungen, dass es sich hierbei um Angebote unter dem Einstandspreis handelt, schärfstens zurück. Hier muss sich Entscheidendes ändern und zwar baldigst. Billiglebensmittel auf Kosten der Bäuerinnen und Bauern, das ist unerträglich, unverantwortlich. Solange hier nichts passiert ist auch "Billig gibt's nicht" nur ein Schmäh, eine Augenauswischerei, um die Bauernschaft zu besänftigen und bei der Stange zu halten.

### **AGRAREXPORTE AUSWEITEN?**

Die These "Agrarexporte würden die Mengen- und Preisprobleme lösen und diese allein die Welternährung sichern", ist schon alt und falsch. Aber wiewohl sich schon x-mal gezeigt hat, dass dies keine zukunftsfähige Alternative ist, setzen Agrarkommissar HOGAN, Minister RUPPRECHTER und die gesamte BB-Spitze auf Ausweitung der Agrarexporte. Offensichtlich auch um jeden Preis, wie zum Beispiel Joghurt nach Spanien, Käse nach Deutschland und Rumänien beweisen. Auch der einstige Agrarkommissar FISCHLER schwärmte geradezu von den Exportsteigerungen.

Was hat dies alles aber finanziell den Bäuerinnen und Bauern auf ihren Höfen gebracht? Drücken nicht die Weltmarkt-Billigpreise auch jene im Inland, wie sich gerade jetzt bei Milch, Fleisch und Weizen zeigt? Die EU ist Weltmarktführer am Getreidesektor – na und? Die Getreidepreise liegen am Boden, ohne Aussicht auf namhafte Besserung. Aber die Bauernschaft wird aufgefordert innovativ zu sein, zu investieren, Kosten zu senken, mehr zu produzieren – und das alles nachhaltig!

Völlig vergessen wird die immer wieder bestätigte Regel, dass der sicherste Markt der Inlandsmarkt ist. Bemüht man sich hier aber wirklich ernsthaft innovativ zu sein und mehr abzusetzen? Denn die Wettbewerbsbedingungen für die heimische Landwirtschaft auf den Auslandsmärkten sind ungleich, das heißt schlecht. Nicht nur außerhalb Europas, sondern auch innerhalb der EU. Dazu einige Beispiele für "Ungleichheit": Agrardiesel, Betriebsprämien, Tierprämien, Umwelt- und Tierschutzauflagen, Steuern, Abgaben und etliches mehr. – In der vorherigen UBZ (Nr. 111, Seite 3) finden sich Zahlen über die Agrarimporte und -exporte seit EU-Beitritt 1995 für Milch, Fleisch und Lebendtiere. Daraus geht hervor, dass wir geldmäßig in Summe etwa dasselbe exportieren (müssen) was wir davon importieren. Regt das gar nicht zum Nachdenken an?

# Es gibt andere Alternativen

Der höchst erfolgreiche BIO-Pionier Werner LAMPERT, der zwei der erfolgreichsten BIO-Marken Österreichs entwickelte, nämlich "Ja natürlich" für REWE und "Zurück zum Ursprung" für HOFER, warnt vor dem Produzieren für den Weltmarkt. In einem Interview mit dem STANDARD vom 2./3. Jänner 2016 sagt er unter anderem Folgendes: "Nachhaltigkeit bedarf der Regionalität. Rund die Hälfte der in Österreich produzierten Milch geht in den Export. Für den Weltmarkt zu arbeiten heißt aber, den Preis nicht mitgestalten zu können. Es wäre wichtig eine Ernährungssouveränität zu schaffen, die wir in 30/40 Jahren brauchen werden. Dieses Europa hat eine instabile Abhängigkeit von der Nachfrage aus dem Export entwickelt und geht mit seinen agrarischen Böden teilweise unverantwortlich um. Für den Weltmarkt produzieren heißt, nicht mehr selbstbestimmt zu erzeugen."

Noch viel weitergehende Reformen verlangt <u>Dr. DI Heinrich WOHLMEYER</u>, der seit Jahrzehnten als agrarpolitischer Vordenker gilt und anfangs Jänner einen vielbeachteten Vortrag im Francisco Josephinum in Wieselburg hielt. Gleich einleitend betonte er, dass die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung nicht das Großlandwirtschafts-System sichert, sondern nur eine kleinräumige, standortorientierte, vielfältige Landbewirtschaftung nach gärtnerischem Muster. Er kritisierte die Entschuldigen-Reaktionen wie: Alles ist so kompliziert, bisher ist noch alles gut gegangen, wir lassen uns von niemandem Angst machen oder die Märkte werden ohnehin effizient reagieren. Weiters sagte er: "Im Welthandel muss das Bestimmungsland-Prinzip durchgesetzt werden. Marktzutritt ist nur dann zu gewähren, wenn dies den Standards des Bestimmungslandes entspricht. – Im Sinne des Weltfriedens ist vor allem die Ernährungssouveränität der Völker anzustreben. Darüber hinaus ist das Steuersystem umzubauen. Eine Kapitalumsatzsteuer von 0,1 % würde allein in Österreich etwa 16,5 Milliarden Euro erbringen, das doppelte des derzeitigen Schuldendienstes."

Henning MELBER von der Dag Hammerskjöld-Stiftung sagte im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung des ökosozialen Forums jüngst: "Wenn im südlichen Afrika Butter aus Irland oder Friesland halb soviel kostet, wie lokal erzeugte Butter im Lebensmittelgeschäft, dann stimmt etwas nicht mit unseren Weltmarktverhältnissen."

Unter diesem Gesichtspunkt hat der UBV in der Dezembervollversammlung der LK-OÖ den Antrag auf "Importverbot für Produkte tierischer Herkunft, die nicht nach dem österreichischen Tierschutzgesetz erzeugt werden", eingebracht. Er wurde belächelt und von der BB-Mehrheit abgelehnt (und kommt von ihr später als eigener "Antrag"!?)

#### Forts. von Seite 1: DER UNDEMOKRATISCHE, INTRANSPARENTE VEREIN

### Die Organisation der LK-Österreich

"Laut Bundesverfassung fällt die Einrichtung beruflicher Vertretungen auf land- und fortwirtschaftlichem Gebiet in die Zuständigkeit der Landtage. Es existiert demnach keine mit der Wirtschafts- oder Arbeiterkammer vergleichbare Bundeskammer für Land- und Forstwirtschaft. – Die Dachorganisation der neun Kammern ist ein Verein, die 'Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreich'. Mitglieder der PRÄKO sind die neun Landwirtschaftskammern und der Raiffeisenverband.

**Organe der LK-Österreich** sind der Präsident, das Präsidium, der als 'Präsidentenkonferenz' bezeichnete Vorstand und die Vollversammlung.

**Der Präsident** wird aus der Mitte der Kammerpräsidenten gewählt und behält seine LK-Funktion als LK-Präsident. Er vertritt die LK nach außen, führt den Vorsitz in PRÄKO und Vollversammlung. Seine Funktionsperiode sowie jene der drei Vizepräsidenten, die gleichfalls aus dem Kreis der LK-Präsidenten gewählt werden, dauert vier Jahre.

**Der PRÄKO** (dem Vorstand) gehören die neun LK-Präsidenten und zwei Vertreter des Raiffeisenverbandes an. Der Generalsekretär, die Kammerdirektoren und der Generalsekretär des Raiffeisenverbandes haben beratende Funktionen.

**Die Vollversammlung** hat die Aufgabe den Tätigkeitsbericht abzusegnen, den Rechnungsabschluss zu genehmigen, die Rechnungsprüfer zu bestimmen und allfällige Satzungsänderungen vorzunehmen. **Die Vollversammlung ist im Wesentlichen wie der Vorstand zusammengesetzt.** – Die Organe werden nach demokratischen Grundsätzen und den LK-Gesetzen bestellt. – Für die Behandlung besonderer Fragen gibt es Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften. Den Vorsitz führt dort ein Präsidiumsmitglied oder ein Kammerrat. – Die PRÄKO besitzt kein eigenes Umlagerecht, finanziert sich aus Beiträgen ihrer Mitglieder.

## Aufgaben der LK-Österreich

Die Betreuung der Mitglieder, die Vertretung gegenüber dem Staat und anderen Berufsgruppen. Die Mitwirkung an Staatsaufgaben, das sind die zentralen Aufgaben der Präsidentenkonferenz mit dem Ziel, höhere Einkommen und Produktpreise zu erreichen.

Der Auftrag zur Interessenvertretung beinhaltet daher auch Kontakte zu politischen Parteien und Mandataren, um diese wirksam von der Notwendigkeit von gesetzlichen Maßnahmen im Interesse der Bauern zu überzeugen." (Quelle Downloads LK-Organigramm 1/16)

geno

### **BURGENLAND:**

### HOHE SCHADENSBILANZ 2015

Schlimmer als erwartet fällt die witterungsbedingte Schadensbilanz für 2015 in der Landwirtschaft aus. Mehr als 20 Millionen Euro stehen allein im Burgenland zu Buche. Die Zukunftsaussichten sind schlecht, denn laut Experten sind Wetterextreme von zunehmender Häufigkeit und Intensität zu erwarten.

Um die Bauernschaft vor den klimabedingten Ertrags- und Einkommensverlusten zumindest teilweise zu schützen, müsse das Risikomanagement der Betriebe verbessert werden. In anderen Bundesländern gibt es zum Beispiel bereits die vom Land gefördete Möglichkeit für den Abschluss einer Mehrgefahrenversicherung. In diesem Sinn appelliert Kammerpräsident HAUTZINGER an die SPÖ-Agrarlandesrätin Verena DUNST, aktiv zu werden. Absolut nicht ohne Grund, fragt sich da so mancher: "Ja warum kommt denn dieser Appell zu einer geförderten Absicherung der Bauernexistenzen, die unverschuldet durch Wetterextreme in Notlagen geraten sind erst jetzt und nicht schon beim ÖVP-Vorgänger Landesrat LIEGENFELD?"

### NIEDERSCHLAGSDEFIZIT WEITERHIN

Ein bisher schneearmer und sehr milder Winter hat gerade ausgereicht mit ein paar Tagen Frost, um die Eisweinlese durchführen zu können. Das alles war ein ziemlich hohes Risiko, das sich hoffentlich gelohnt hat. Das Niederschlagsdefizit vom extrem heißen Sommer ist aber bei weitem noch nicht ausgeglichen.

Diese Wüstentage haben dem Wald auch im Burgenland besonders zugesetzt. Von den 133.000 Hektar entfallen mehr als die Hälfte auf Kleinstwaldbesitz. Leider kümmern sich viele dieser Besitzer um ihren Wald viel zu wenig, oder sie kennen IHREN Wald gar nicht (Realteilung). Im Kampf gegen den überhand nehmenden Borkenkäferbefall bieten der "burgenländische Waldverband", Waldwirtschaftsgemeinschaften und private Unternehmen ihre Dienste zur Schlägerung und Vermarktung an. Besonders betroffen sind das Mittel- und das Südburgenland. Auch das Eschensterben hat enorm zugenommen.

# ENTBÜROKRATISIERUNG EIN LEERES VERSPRECHEN!

Entbürokratisierung war ein großes Versprechen der Politiker. Geschehen ist zu wenig oder gar nichts. Die Industrie rebelliert dagegen und erringt Teilerfolge, und wie schaut es in der Landwirtschaft aus? Kammerpräsident HAUTZINGER verspricht alljährlich bei den Infoveranstaltungen einen wirksamen Bürokratieabbau, auch in der Landwirtschaft. In der Wirklichkeit passiert das Gegenteil und überdies werden die neuen Vorschriften immer undurchsichtiger. Jüngstes Beispiel unter anderem ist die "Betriebsprämie", bei der sich, wie es landläufig heißt, keine Sau auskennt. Selbst namhafte Persönlichkeiten in der Ararpolitik sprechen von einem "außer Kontrolle geratenen Kontrollwesen" das da auf die landwirtschaftlichen Betriebe losgelassen wird.

# **G**RUNDVERKEHRSKOMMISSION AUF **A**BWEGEN

Den Grundsatz "Bauernland in Bauernhand" gibt es heute nicht mehr. Die Grundverkehrskommissionen waren einst "dem öffentlichen Interesse dienende Institutionen zur Sicherung der Nutzung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken durch landwirtschaftliche Betriebe unter Berücksichtigung kleinbäuerlicher Strukturen. Auch ökologischer Verträglichkeit und Multifunktionalität war Rechnung zu tragen, um einen lebensfähigen Bauernstand zu erhalten, beziehungsweise diesen zu stärken oder zu schaffen. Einen Grundstückserwerb zu vorwiegend spekulativen Zwecken hatten diese Kommissionen zu unterbinden."

Nach dem burgenländischen Grundverkehrsgesetz von 2007 erfüllen die Grundverkehrskommissionen ihre eigentlichen Aufgaben, ihren Zweck nicht mehr, sondern haben gleichsam nur mehr eine Alibifunktion. Denn danach hat nun jedermann Zutritt zu derartigem Grundkauf, dessen Preis sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt hat. Etwa 50 % der angebotenen Gründe werden von Nichtbauern als Wertanlage gekauft, was den Grundpreis entsprechend in die Höhe trieb und treibt. Die negativen Folgen für die aktiven Bäuerinnen und Bauern sind erheblich gestiegene Pachtpreise sowie die schiere Unmöglichkeit solche Grundstücke zur Absicherung der Existenz zu erwerben.

# NIEDERÖSTERREICH:

### **UBV-A**NTRÄGE IN DER LANDESKAMMER

Nachfolgende Anträge brachte die Listengemeinschaft UBV/FB in der Vollversammlung der Landeslandwirtschaftskammer am 4. Dezember 2015 ein. Um es gleich vorwegzunehmen, alle diese Anträge wurden von der BB-Fraktion abgelehnt.

- 1. "Derzeit wird das Freihandelsabkommen TTIP geheim verhandelt. Dieses Abkommen ist für unsere bäuerlichen Betriebe existenzgefährdend und deshalb von der Landwirtschaftskammer abzulehnen."
  - In der Begründung dazu heißt es u.a., dass mit den Rechten für Konzerne die Demokratie ausgehölt werde, die USA andere Produktstandards haben und sich auch maßgebliche Persönlichkeiten aus der Nahrungsmittelbranche, wie NÖM-Chef BERGER, Großbäcker ÖLZ und SPAR-Chef DREXLER, öffentlich gegen TTIP aussprechen.
- 2. "Wir fordern die Vollversammlung auf, sich dafür einzusetzen, dass zukünftig die Höhe der Beiträge an die SV-Bauern prozentmäßig an das Einkommen der Bauern laut "Grüner Bericht" gekoppelt wird."
  - Begründet wird dieser Antrag mit dem Hinweis, dass die Einkommen der Bauern laut "Grüner Bericht" seit Jahren rückläufig sind, wogegen die SVB-Beiträge ständig steigen. Eine laufende Anpassung (wie dies ja in der Regel bei allen Erwerbstätigen geschieht) würde für mehr Gerechtigkeit sorgen.
- 3. "Wir fordern die Vollversammlung auf, sich mehr für die Christbaumbauern einzusetzen. Christbaumkulturen müssen als Urproduktion gelten. Eine Registrierkassenpflicht für die Christbaumbauern ist abzulehnen."
  - Für viele Bauern ist der Christbaumverkauf erwiesenermaßen ein zweites Einkommensstandbein. Mit den Kosten und dem zusätzlichen Arbeitsaufwand, der mit der Registrierkassenpflicht verbunden ist, werden Bauernexistenzen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum gefährdet, so die Begründung.
- 4. "Wir fordern die Landwirtschaftskammer auf, sich für ein echtes "Mutmacherprogramm" einzusetzen, das beinhaltet: Die Wiedereinführung des Agrardiesels die Wiedereinführung des Ökopunkteprogramms und der Mutterkuhprämie eine ordentliche Dürrehilfe für tierhaltende Betriebe und LK-Einsatz hinsichtlich Aufhebung der Russlandsanktionen".
  - Begründung: Internationale Krisen und der Klimawandel stellen die heimische Landwirtschaft vor große Herausforderungen. Umso wichtiger ist es nicht zu jammern, sondern entschlossen zu handeln. Das tut der Landwirtschaftsminister mit seinem Mutmacherprogramm. Deshalb sollten wir als Landwirtschaftskammer jetzt ein erweitertes Programm fordern.

#### **UBV/FB** stimmen BB-Resolution zu

Entgegen dem Ersuchen von KR Alois FRÖSCHL an das Präsidium in der Vollversammlung vom Juni 2015, Anträge/Resolutionen der BB-Fraktion nicht erst EINEN Tag vor der Vollversammlung den UBV/FB-Kammerräten vorzulegen, um genügend Zeit zu deren Studium zu haben, wurde eine dreiseitige BB-Resolution erst am Vortag zur Kenntnis gebracht.

Dennoch hat die Listengemeinschaft dieser Resolution zugestimmt, auch wenn sie nicht alle Formulierungen gut heißt. Ein neuerlicher Beweis dafür, dass der UBV KEINE OPPOSITION in den Kammern ist, sondern eine Bauern/Bäuerinnenvertretung, die eine eigene, unabhängige Herangehensweise an agrarische Probleme hat und diese in der gesetzlichen Interessenvertretung entsprechend vertritt.

In der Einleitung dieser Resolution heißt es u.a.: "Das Jahr 2015 ist von vielfältigen Herausforderungen geprägt. Die Land- und Forstwirtschaft spürt am deutlichsten die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Die international schwache Konjunktur führt zudem zu Erzeugerpreisrückgängen in vielen Bereichen. Gerade in dieser Situation ist es – als gesetzlich legitimierte Interessenvertretung – wichtig, Maßnahmen einzubringen. Sie sollen den Absatz fördern, die Wettbewerbsfähigkeit stärken und die Risikoabsicherung erhöhen." Deshalb fordert die LK-NÖ:

- Als Beitrag zur Wettbewerbsverbesserung die Einführung eines steuerbefreiten Agrardiesels.
- Für das Risiko Dürre ist eine Ausweitung des Bundeszuschusses zur Versicherungsprämie von 25 % über die Risiken Hagel und Frost hinaus wie vom Land vorgezeigt, unabdingbar. Im ein-

kommenssteuerlichen Bereich sollen zudem Landwirte die Möglichkeit erhalten, die durchschnittlichen Einkünfte von drei Jahren der Besteuerung zugrunde zu legen.

• Nach dem ersten Jahr der aufwendigen Abwicklung des graphischen Online-Antrages etc. gilt es die gesamte Abwicklung kritisch zu prüfen. Ziel ist die Vereinfachung des ganzen Systems und hier besonders folgende Bereiche: Die Luftbildaktualisierung darf nicht zur Schikane ausarten. Entsprechende Toleranzen für die Digitalisierung sind zu definieren. – Es wird angeregt, dass auch jene 10 % der Antragsteller eine entsprechende Information bekommen, welche erst im April 2016 ihre GAP-Zahlungen von 2015 bekommen. – Bei Existenzgründung, überbetrieblicher Bewässerungsinfrastruktur und Bildung sind die Mittel zu erhöhen. – Begrenzung der Waldbauvorhaben wegen der drohenden Borkenkäferkalamität.

#### Forderungen im Steuerbereich

• Im vorliegenden Verordnungsentwurf des BMF betreffend die Ermittlung von Grundstückswerten ist eine stärkere Berücksichtigung von Bauart und Alter der Gebäude vorzusehen. – Einkommenssteuerbefreiung für Entschädigungen bei Übertragungen von Eigentumsrechten dort, wo diese erzwungen werden können. – Die Interessenvertretung ist fest davon überzeugt, dass die Land- und Forstwirtschaft wesentlich mehr für den Tourismus leistet, als umgekehrt. Deshalb ist die Einbeziehung weiterer land- und forstwirtschaftlicher Betriebszweige in die Tourismusabgabepflicht nicht nachvollziehbar. – Die Einführung einer Maut auf allen Bundes- und Landesstraßen wird abgelehnt. – Derzeit werden Entschädigungsanträge unter Hinweis auf das NÖ Naturschutzgesetz, bzw. wo es sich um Europaschutzgebiete handelt, abgewiesen. Die LK verlangt angemessene Entschädigungen auf Basis des verfassungsrechtlich verankerten Grundrechts auf Eigentum – auch nach der EU-Grundrechts-Charta. – Aufgrund von unvertretbar hohen Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen und Tierbeständen ist so rasch als möglich eine Verordnung zu erlassen, die flexibel Eingriffe bei den bekannten Problemtierarten ermöglicht. Es ist ein Monitoring vorzusehen, bei dem auch die Land- und Forstwirtschaft einzubeziehen ist.

#### Forderungen der LK zu TTIP

Die LK-NÖ hat die Bedenken und Bedingungen der heimsichen Land- und Forstwirtschaft zu den laufenden Verhandlungen klar und unmissverständlich eingebracht. Ob es zu einem Ergebnis kommt, dem die bäuerliche Vertretung zustimmen kann, ist derzeit mehr als offen. Die Option sich an den Verhandlungen nicht zu beteiligen, ist aus Sicht der LK-NÖ fahrlässig.

Betreffend Pflanzenschutz fordert die LK Vereinfachungen beim Pflanzenschutzmittel-Recht und weitere Schritte zu einem echten Binnenmarkt für Betriebsmittel. "Die Zulassung und die Verwendung von Produkten sind ausschließlich auf Grundlage wissenschaftlicher Bewertung und nicht auf Basis von bewusst geschürten und medial verstärkten Emotionen und Ängsten zu regeln."

**Hinsichtlich Produktkennzeichnung** und Lebensmittelbeschaffung fordert die LK-NÖ: Klare Herkunfts- und Qualitätskennzeichnung sowie deren Kontrolle und Schutz. Wesentliche Forderungen sind nach wie vor offen.

# WIE GLAUBWÜRDIG SIND UNSERE "BAUERNVERTRETER"?

Zum Beispiel beim Bauernreizthema "Agrardiesel". Da wies anlässlich der Bilanzpressekonferenz zum Bauernjahr 2015 COPA-Vize und stellvertretender Präsident der LK-Österreich ÖR Präsident REISECKER (BLW vom 15.1.2015) auf Folgendes hin:

"Fast alle Mitgliedsländer der EU mit maßgeblicher Acker- und Grünlandproduktion, haben ein steuerliches Entlastungsmodell für den Dieseleinsatz in der Landwirtschaft. Lediglich vier Länder unterwerfen auch die Land- und Forstwirtschaft dem Regelsteuersatz. Dazu gehört leider auch Österreich. Nach dem Auslaufen der Mineralölsteuerrückvergütung (über Initiative der BB-Spitze) mit Ende des Jahres 2012, unterliegt die heimische Landwirtschaft seit 2013 mit einem Steuersatz von 39,7 Cent je Liter, der zweithöchsten Mineralölbesteuerung innerhalb der EU.

Die geltende steuerliche Sonderlast beim Agrardiesel ist für unsere bäuerlichen Betriebe angesichts der anhaltend schwierigen Einkommenssituation nicht mehr weiter tragbar, daher muss im heurigen Jahr dringend eine Steuerkorrektur umgesetzt werden."

Beim Thema Agrardiesel wird die Bauernschaft andauernd zum Narren gehalten. Zum Beispiel bringt das BB-Präsidium in der Vollversammlung vom 4.12.2015 eine Resolution zum Thema

"Wiedereinführung des Agrardiesels" ein, die einstimmig beschlossen wird. In der Diskussion erklärt Präsident SCHULTES, dass, wenn dieser Antrag ins Parlament kommt, werde er als Nationalrat dort noch zweimal dagegen stimmen, weil die Zeit dafür noch nicht reif ist. LK-Präsident und NR in einer Person mit zweierlei Stimmverhalten! Schon früher stimmten alle BB-NR im Parlament namentlich gegen den – von Leo STEINBICHLER und Kollegen – eingebrachten Antrag auf Wiedereinführung des Agrardiesels.

# VIER UBV-ANTRÄGE, DREI VOM BB ABGELEHNT

In der Vollversammlung der BBK Scheibbs Mitte November, brachten die sechs Kammerräte der Listengemeinschaft UBV/FB vier Anträge ein, über die auch abgestimmt wurde.

- "Fairer Milchpreis für Erzeuger": Dieser Antrag wurde von der BB-Mehrheit mit dem Argument abgelehnt: "Den Milchpreis macht der Markt und nicht die Politik. Einen (kostengerechten) A-Preis und einen marktorientierten B-Preis zu verlangen, ist für uns ein nicht gangbarer Weg", so der BBK-Obmann.
- "Strikte Ablehnung von TTIP": Abgelehnt mit der Begründung: "Wir haben die gleichen Sorgen und Ängste, aber die Landeskammer hat politisch in diesem Punkt klare Linien gezogen, hinter denen wir stehen."
- "Koppelung der SVB-Beiträge an die Bauerneinkommen": Das wäre ein Abgehen vom EW. Nur genau dieser ist eine wesentliche Errungenschaft in der Landwirtschaft. Abgelehnt.
- "Heizöl bzw. mineralölsteuerbefreiter Agrardiesel für Traktoren etc.": Heizöl deshalb, weil dieses Produkt bereits am Markt ist. Wir brauchen das Rad ja nicht neu erfinden, so UBV-KR ACHLEITNER. Nach textlicher Änderung erfolgt einstimmige Annahme. (NÖN 46/2015)

#### LANDESVERBANDSTAG 14. FEBER IN OBEREGGING

"Einblick in die österreichische Landwirtschaft" hieß das Thema des Vortrages von DI Thomas RESL am Vormittag, mit anschließender Diskussion. Etwa 50 Anwesende sahen mit Interesse den Ausführungen des Leiters der "Bundesanstalt für Agrarwirtschaft" entgegen. Das Wesentliche in Kurzform:

Kontinuierliches Höfesterben seit 1951, in den Gunstlagen stärker als im Berggebiet. Unterschiedliche Entwicklung der Erzeugerpreise seit 1993 durch fallende Weizenpreise und steigende Maispreise. Der Milchpreis 2014 liegt auf dem Niveau von 1993. Die Schere zwischen Agrarimport und -export ist kleiner geworden. Von den 1.100 Mio. Euro Fördergelder für "Ländliche Entwicklung" gehen 15 Prozent nicht an die Bauern.

Die Zahl der FamilienAK (nAK) ist von 1994 bis 2014 von 176.000 auf 104.000 (-40,9 %) gesunken. Als Standard gilt eine Jahresarbeitszeit in der Land- und Forstwirtschaft von 2.100 Arbeitsstunden, bei nichtlandwirtschaftlichen Berufen 1.800 Ah. (Umgelegt wären das bei einer 7-Tagewoche in Milchviehbetrieben eine Tagesarbeitszeit von lediglich fünfdreiviertel Stunden. Bei einer 6-Tagewoche ganze sechsdreiviertel Stunden pro Tag.)

Der Vortrag beinhaltete eine ermüdende Fülle an Zahlenmaterial, das vielen Zuhörern geschönt erschien. In der heftigen Diskussion mit kritischen Aussagen, verteidigte der Vortragende vielfach die Agrarpolitik. Vielleicht wurde deshalb sein Vorgänger 2014 abgelöst. Den Anwesenden erschien vieles nicht im Einklang mit der Realität.

### Aus der Jahreshauptversammlung

Der Bericht von Obmann Peter SCHMIEDLECHNER begann mit einem Rückblick auf die Ereignisse seit seiner Wahl. Ausgehend von der Bildung und Kandidatur der Wahlplattform "Freitheitliche Bauernschaft und Unabhängiger Bauernverband", dem Wahlkampf, Einzug in die Landeslandwirtschaftskammer und die Arbeit als Fraktion dort. Dem Aufbau einer besseren Organisationsstruktur (Homepage, Bezirksstellen und deren Vernetzung), bis hin zu den Veranstaltungen zum Thema Einheitswerte neu. Es folgte ein Bericht über die LK-Wahl in der Steiermark und eine Vorausschau auf die LK-Wahlen in Kärnten.

Hubert BUCHINGER präsentierte den Kassierbericht, der ausgabenseitig von den Wahlausgaben geprägt ist. Nach dem Bericht der Rechnungsprüfer und deren Antrag wurde dem Kassier und dem UBV-Vorstand einstimmig die Entlastung erteilt.

Alois Fröschl

# **ERINNERUNGEN AN OTTO SCHMID †**



Abschied nehmen mussten wir am 23. Jänner 2016 von unserem langjährigen Landesleitungsmitglied Otto SCHMID. Geboren im Weinviertel, in Ebenthal 1948, besuchte Otto nach der Pflichtschule die landwirtschaftliche Fachschule in Mistelbach. Schon bald nach Ableistung des Wehrdienstes übernahm er den elterlichen Betrieb. Der Betrieb seiner Frau kam dazu und es folgte die Hausstandsgründung in Jedenspeigen. Durch seine Frau wurde er mit der Idee und Zielsetzung des Unabhängigen Bauernverbandes vertraut und dessen aktives Mitglied. Er leitete etliche öffentliche Bauernversammlungen im Weinviertel, war einige Jahre Kassier des Landesverbandes NÖ und blieb auch nach Weitergabe dieser Funktion aktives Mitglied der Landesleitung.

Als fortschrittlicher und überaus tüchtiger Weinbauer, war ihm Qualität wichtiger als Quantität. Etliche Auszeichnungen waren der

Lohn für diese Bemühungen. Er war sowohl in Jedenspeigen als auch in Ebenthal Mitglied des dortigen Weinbauvereins und scheute sich nie, im Interesse des Berufsstandes sich dort auch kritisch zu Wort zu melden. Lange war er auch Obmann der Waldgenossenschaft Ebenthal. Keine einfache Aufgabe dort, wo noch heute volle Realteilung in der Landwirtschaft besteht.

Doch seine große Liebe, in der er auch eine Berufung sah, galt der Musik. Er war Gründungsmitglied des Musikvereins Ebenthal, von 1985 bis 2005 dessen Kapellmeister und ein ausgezeichneter Tenorist. Bis zu seiner letzten Musikprobe war er ein aktiver Musiker. Am 15. Jänner 2016 verstarb er unerwartet und viel zu früh. Der Bauernverband, in Trauer mit der Familie verbunden, verliert einen wahrhaft "guten Kameraden".

### WARUM DIESES KAPUTTMACHEN?

Auch schon in den Medien wurde teils ausführlich über das Zusperren von "Heurigen" und Buschenschänken in größerem Ausmaß berichtet. Nun werden jene, die sich noch zum Weitermachen entschlossen haben mit der Registrierkassenpflicht beglückt. Dass diese im Parlament beschlossen wurde verschweigen jene Politiker die auf die Dörfer hinauskommen und auf kritische Wortmeldungen sagen, dass die anderen daran schuld seien. Schon bald jedes Jahr werden neue Vorschriften und Abgaben beschlossen, geradeso als ob dies so sein müsste.

Hieß es bisher dass pauschalierte Betriebe von der Registrierkassenpflicht ausgenommen sind, so heißt es nun, dass diese mit einem Jahresumsatz von mehr als 15.000 Euro, doch so eine Kassa brauchen. Das ist eine Umsatzhöhe, die für Direktvermarkter diese anspruchsvolle, arbeitsintensive Nischenproduktion, mit nicht unerheblichem Investitionsaufwand, als zusätzliche Einkommensquelle vielfach uninteressant macht, nicht lohnt. Eine besondere Pointe ist, dass Betriebe mit Weingärten unter 50 Ar keine Registrierkasse brauchen. Betreibt dieser Betrieb aber Buschenschank und der Umsatz je Jahr ist höher als 7.500 Euro, so braucht er sehr wohl diese Kassa.

Es kam für die einkommensmäßig diskriminierten Bäuerinnen und Bauern wie schon so oft. Nischenproduktionen zur Einkommensverbesserung werden warm empfohlen, erst wird offiziell animiert dazu, diese als große Chance hingestellt, auch mit Investitionen gefördert. Wer all dies auf sich genommen hat, der wird nicht gleich aufhören, wenn das dicke Ende nachkommt. Und das kommt, kam bisher immer, mal früher, mal später in Form immer neuer Auflagen, Vorschriften und finanziellen Abgaben. Von dem war stets vorher rein gar nicht die Rede.

Warum darf eigentlich Innovation, Risikobereitschaft, hochqualitative Mehrarbeit und Engagement nicht voll und ganz jenen zugute kommen, die dieses Wagnis auf sich nehmen? Warum muss jenen das Leben durch fast alljährliche Neuerungen immer wieder erschwert werden, die sich mit viel Ideenreichtum mühen, diese Nische profitabel zu machen, nachdem dies mit der landwirtschaftlichen Urproduktion nicht möglich ist? Ist das etwa die "neue Agrarpolitik", die viel Vernünftiges, Erfolgversprechendes kaputtmacht und letztlich die Betriebe – und Familien dazu?

### **SALZBURG:**

#### Das Schweigen der Bauern

Obwohl eines der kleinsten Länder innerhalb der EU, leisten wir uns eine der größten und teuersten Agrarverwaltungen (AMA) mit über 500 Angestellten. Trotz modernster Technik schaffte es dieses Ungetüm nicht, die Berechnungen für die Landwirte zeitgerecht abzuschließen. Sie wurden mit Vorauszahlungen abgespeist. UBV-KR Stefan WEISS und ich besuchten die LK-"Bauerntage" Tennengau, Pongau und Lungau und das Schweigen der dort anwesenden Bäuerinnen und Bauern stimmt uns nachdenklich. Die Aussage der BB-Spitze: "Es hätte ja noch alles viel schlimmer kommen können, hätte der BB nicht so für die Bauern gekämpft", scheint Früchte zu tragen. Oder war es die schiere Ausweglosigkeit, die stumm werden ließ?

#### TENNENGAUER BAUERNTAG

"Aktuelle Informationen zur Lage der Land- und Forstwirtschaft von LK-Präsident NR Franz ESSL." Kurz zusammengefasst ist diese für Salzburg noch relativ positiv zu bewerten. Ausschlaggebend seien dafür die Sortenzuschläge bei Milch (BIO- und Heumilch), die 50 % der Betriebe erhalten. Diese Zuschläge machen im Durchschnitt sechs Cent je Liter bei der "Salzburger Milch" aus. Damit bestätige sich der politisch eingeschlagene Weg "auf Qualität" zu setzen. Wer erinnert sich noch? Vor etwa 20 Jahren sagte derselbe Präsident am gleichen Bauerntag, dass BIO eine Modeerscheinung sei und die Grüne Gentechnik die Zukunft für die Landwirtschaft, Zitat: "In 20 Jahren wird niemand mehr von BIO oder Gentechnik reden, denn BIO wird verschwunden, und Gentechnik wird alltäglich sein!"

#### Keine Alternative zu EW-Erhöhungen?

Laut Präsident hat es auch keine Alternative zu den teilweise gravierenden Einheitswerterhöhungen gegeben, es sei denn die Abschaffung der Pauschalierung. Doch diese hat überhaupt niemand gefordert. Der Verfassungsgerichtshof hatte auf Grund einer Klage nur die Neufeststellung der total "veralterten" Einheitswerte gefordert. Gesetzeskonform hatte der damalige ÖVP-Finanzminister Wilhelm MOLTERER schon 2007/08 (vom BB) gefordert, die EW-Feststellung endlich durchzuführen. Seine Vorgaben waren damals keineswegs EW-Erhöhungen, sondern eine Neufeststellung. Weil man sich innerhalb des Bauernbundes nicht einigen konnte – und genug Einfluss besaß – wurde alles verschoben, entgegen geltender Gesetzeslage. Das Ergebnis dieses Handelns bekommen wir Bäuerinnen und Bauern jetzt zu spüren.

### "Größe ist nicht alles!"

Das Hauptreferat hielt der Agrarexperte und selbstständige Unternehmensberater Benno STEINER. Er warnte vor Überschuldung, Überlastung, vor zu schnellem Wachstum etc., widersprach sich aber hier am Schluss seines Vortrages selbst. Denn seine Lösungsvorschläge lauten schneller zu sein als die anderen, sich, wo dies möglich, Grund zum Wachsen zu sichern und mutig für Neues zu sein. Nischen zu entdecken u.a.m. Eigentlich genau das, worauf derzeit die Agrarpolitik hinzielt und hingeht.

Als ich ihn in meiner Wortmeldung mit dem Schicksal der Schweinebauern konfrontierte war seine Gegenfrage "ob ICH denn eine bessere Lösung hätte". Worauf ich antwortete, dass doch gerade die Schweinebauern ein Paradebeispiel dafür seien, dass all das in die Sackgasse führte. Denn die Schweinebauern haben in den letzten 10 Jahren genau das getan was STEINER vorschlug. 80 Prozent von ihnen machten in diesen 10 Jahren ihre Ställe dicht, die Verbliebenen halten heute mehr Schweine denn je. Diese noch 20 % Schweinebauern waren doch offensichtlich die Schnellsten, die Mutigsten, die Risikobereitesten und Innovativsten, und was hat dies ihnen gebracht? Sie alle kämpfen ums Überleben! Verblüffend und neu war für mich, dass ein Experte und Unternehmensberater von MIR Lösungsvorschläge verlangte.

### BAUERNTAG DER LK-PONGAU

Während sich die Informationen des Präsidenten naturgemäß wiederholten, hielt hier das Hauptreferat ZAR-Obmann Anton WAGNER. Er betonte, dass er mit der Aufteilung der Gelder im neuen GAP-Programm absolut nicht zufrieden sei, da wieder einmal, wie schon in der Vergangenheit, die Grünlandbauern enorm benachteiligt würden. Wer den GRÜNEN BERICHT lese der wisse, dass man im Grünlandbetrieb höchstens auf einen Stundenlohn von 12 Euro käme, im Ackerbau dagegen auf 30 Euro. Dies wurde bei der Aufteilung der Gelder wiederum nicht berücksichtigt. Damit bestätigte STEINER die UBV-Forderung, die Arbeitszeit in das neue Flächenprogramm mit einzubeziehen, eine nationale Entscheidungsmöglichkeit, die vom Bauernbund abgelehnt wurde.

Des Weiteren berichtete er von seiner Russlandreise und den dort jüngst gemachten Erfahrungen. Auch wenn die Sanktionen aufgehoben würden, wird es schwer werden dort wieder Fuß zu fassen. Denn seit diesen hat die russische Landwirtschaft einen enormen Aufschwung erlebt. Den Bauern gehe es so gut wie nie zuvor. Jeder der die Russen kenne wisse, dass sie ein sehr stolzes Volk seien. Sie werden sich die teilweise wiedererlangte Eigenversorgung nicht durch billige Importe nehmen lassen.

Der Inahlt der anschließenden Diskussion verblüffte uns. Denn da ging es nicht um EW-Erhöhungen, nicht um den Erzeugerpreisverfall, Russlandembargo, um Vorauszahlungen in einem Krisenjahr, sondern um den "Beutegreifer Wolf". Geradeso als würde dieser die künftige Entwicklung der Bauernhöfe und deren Existenz bedrohen.

#### LICHTMESS-BAUERNTAG DER LK-LUNGAU

Neun Uhr vormittags, ein fast randvoller Saal, das verblüffte mich doch etwas. Als ich genauer in die Runde blickte, wurde mir manches klar. Für die 50 Schüler war dieser Bauerntag eine Art Pflichtveranstaltung. Eine nicht enden wollende Zahl an Ehrengästen wurde begrüßt, und wenn man die nicht unerhebliche Zahl an Pensionisten noch abzog, dann bleiben nicht mehr viel aktive Bäuerinnen und Bauern übrig.

Hauptredner hier war Minister Andrä RUPPRECHTER der sagte, er bedaure, dass der Milchpreis österreichweit um 25 % gesunken sei und alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse stark unter Druck geraten. Umso wichtiger sei es neue Absatzmärkte zu erschließen, woran er mit Hochdruck arbeite, denn mit je 300.000 Euro Exportvolumen würde ein Arbeitsplatz geschaffen.

#### Die Russlandsanktionen

Obwohl die Redezeit auf drei Minuten beschränkt war, erlebten wir hier eine rege Diskussion. Trefflich die Wortmeldung vom "NEUSESSBAUER", er fürchte sich weniger vor dem vierbeinigen Beutegreifer, als vielmehr vor den zweibeinigen. "Auch verstehe er nicht wie es sein kann, dass die Arbeiterkammer für ihre Mitglieder trotz jährlicher Lohnerhöhung auch noch in der neuen Steuerreform für ihre Gutverdiener eine Steuerersparnis bis zu 170 Euro monatlich erreichte. Denn die LK-Österreich, Monopol des BB, nimmt für ihre Pflichtmitglieder, trotz Einkommensverlusten vier Jahre nacheinander, eine EW-Neufestsetzung hin, die neue zusätzliche finanzielle Belastungen bringt."

### Sinkende Einnahmen – steigende Ausgaben

Fasst man Aussagen und gemachte Schätzungen zusammen, ergibt sich derzeit folgendes Bild: Ein Minus von rund 100 Mio. bei den Schweinebauern, ein Minus von rund 100 Mio. bei den Milchbauern, ein Minus von etwa 100 Mio. Euro bei den Getreidebauern. Starke Einkommensverluste werden auch bei den Mast- und den Aufzuchtbetrieben erwartet. Zu all dem kommt nun auch noch eine Beitragserhöhung bei den SVB-Beiträgen ab 2017 durch die neuen Einheitswerte, auch um etwa 100 Mio. Euro. Experten sind gefragt, die den bäuerlichen Betriebsführern erklären, wie unter diesen Gegebenheiten ein wirtschaftliches Überleben – in Würde – zu bewerkstelligen ist.

#### Vor der Wahl und nach der Wahl

Vor den oö und den salzburger Landwirtschaftskammerwahlen hielten hochrangige Landwirtschaftsvertreter, mit Minister RUPPRECHTER an der Spitze, in Mondsee ein Symposium ab, mit dem Thema "Milch nach der Quote". Die damals vorgelegte Strategie hieß 20/20/60.

20 % mehr Milch ist eingetroffen. Ein um 20 % höherer Preis war der übliche Wahlversprecher, denn nach Minister RUPPRECHTER haben wir derzeit ein MINUS von 25 %, um 45 % danebengehaut. Auch ein 60 % höherer Export kam bei weitem nicht zustande. Die UBV-Kritik daran hat sich wieder einmal bewahrheitet, aber als Wahlzuckerl war dies alles erfolgreich.

#### EIN Arbeitsplatz mehr, wieviel andere weniger?

"300.000 Euro mehr Exportvolumen schafft EINEN Arbeitsplatz mehr", sagt Minister RUPPRECHTER. Stimmt das überhaupt? Experten sprechen davon, dass durch agrarische Billigexporte mindestens fünf Arbeitsplätze – bäuerliche – in der Dritten Welt verloren gehen. Denn egal wohin immer solche Exporte gehen, Nischenprodukte ausgenommen, es geschieht immer auf Kosten von deren Landwirtschaft. Dort leben in der Regel etwa 80 % der Bevölkerung in und von der Landwirtschaft. Jeder dort vernichtete Arbeitsplatz bedeutet Abwanderung in die Städte und in letzter Konsequenz Flüchtlinge, auch zu uns. Und was bringt der Export von agrarischen Qualitätsprodukten zu Billig(st)preisen, wie zum Beispiel jener von Käse und Joghurt? Letztlich nur Druck auf die heimischen Erzeugerpreise. Nur mit einer grundlegenden Änderung der Agrarpolitik können wir die Probleme in der Landwirtschaft in den Griff bekommen und dem für Gesellschaft und Wirtschaft gefährlichen sinnlosen Bauernsterben Einhalt gebieten.

### Aus der Vollversammlung vom 17.12.2015

Auf Grund der für alle bäuerlichen Betriebsführer unerfreulichen Situation betreffend die AMA-Auszahlungen, stellte die UBV-Fraktion folgenden Antrag an die Vollversammlung: "Zusammenziehung der Ausgleichszahlungen auf nur EINEN Termin und zwar spätestens bis Ende Jänner 2016." Auch unser Landesrat sah darin einen Sinn. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss für Recht und Steuern zugewiesen, was angesichts des genannten Termins einer Ablehnung gleichkommt, die irgendwann nachgereicht werden wird.

Verweigert hat die UBV-Fraktion ihre Zustimmung zum Kammervoranschlag 2016. Darin enthalten ist eine Sanierung und Aufstockung des "Heffterhofes". Das Seminarhotel gehört der LK-Salzburg, wofür 2,5 Mio. Euro veranschlagt werden. Unsere Ablehnung gründet sich darauf, dass wir keinerlei Zahlen über die Wirtschaftlichkeit dieser Investition vorgelegt bekamen. Allein die Tatsache, dass eine neue Geschäftsführerin das Ruder im "Heffterhof" übernehmen werde, konnte uns nicht davon überzeugen, dass in Hinkunft mit dieser teuren Investition gewinnbringend gewirtschaftet werden kann. Außerdem konnte uns niemand erklären wie ein Betrieb, der jährlich einen Verlust von ca. 400.000 Euro schreibt, eine Investition von 2,5 Millionen abzahlen kann. Es ist unsere Pflicht mit dem Geld der Bauernschaft sorgsam umzugehen und nicht unsere Aufgabe ein teures Denkmal um jeden Preis zu erhalten.

GEORG ESSL

### STEIERMARK:

# LANDWIRTSCHAFTSKAMMERWAHL VOM 31.1.2016

2011 war der UBV aufgrund der erst kurzfristig vor der seinerzeitigen LK-Wahl stattgefundenen Gründung des Landesverbandes, eine Listengemeinschaft mit den "Grünen Bauern" eingegangen. Erst durch diese Kooperation war damals ein flächendeckendes Antreten möglich und der erzielte Erfolg von drei Landesmandaten gab uns Recht. Zwei Mandate besetzte der UBV, eines die grünen Bauern. Fraktionssprecher war UBV-Obmann Johann ILSINGER. Diesmal beschloss der UBV-Steiermark selbstständig anzutreten, weil es gravierende Auffassungsunterschiede hinsichtlich Eigentums- und Besitzfragen (totale Öffnung der Forststraßen und Waldwege für Mountainbiker) gab. Aber auch weil in diesen fünf Jahren die Organisation wesentlich verbessert werden konnte.

#### Chancen und Risiken für den UBV

Das Risiko lag darin, ob es gelingt zumindest ein Grundmandat zu machen, was Voraussetzung für den Einzug in die Landeskammer ist. Die SPÖ-Bauern sind daran gescheitert. Angesichts der Lage der Bauernschaft waren Verluste für den BB zu erwarten, doch waren die Zugewinne der Freiheitlichen Bauern nicht vorhersehbar. Allein aufgrund der politischen "Großwetterlage", ihres groß ange-

wachsenen Wahlbudgets gemäß der Wahlerfolge bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen. Die SPÖ-Bauern sind weiterhin organisatorisch stark in der Weststeiermark und die Grünen Bauern kämpften vor allem um die Unterstützung der BIO-Bauern.

Wir alle entschieden uns gemeinsam, "parteifrei und unabhängig" in den Vordergrund unserer Wahlwerbung zu stellen und alles zu unternehmen um unser wichtiges Grundmandat wiederum in der Obersteiermark zu gewinnen. Hoffnung bestand, dank des überaus tüchtigen UBV-Spitzenkandidaten Johann HERBST, auch ein solches in der Oststeiermark zu erreichen. Die Wahlkampagne lief unter "Zeit für Unabhängigkeit", womit wir uns ganz bewusst gegenüber allen anderen Partei-Bauernorganisationen abgrenzten. Dafür entwickelten wir in Eigenregie einen achtseitigen Folder und zwei Plakate. Überaus hilfreich war auch die UBZ als "Unabhängige Bauerninformation". Ein besonderes DANKE in diesem Zusammenhang gilt Joschi KALTENEGGER, der uns in zahlreichen Pressegesprächen und Informationsveranstaltungen bestens untersützt hat. Doch nur dem Zusammenhalt, dem Teamwork aller aktiven UBV-Mitglieder, ist der erzielte Erfolg zu verdanken.

#### Bauernbund wehrte sich mit allen Mitteln

In der Endphase ließ der BB so richtig seine Macht ausspielen. Dazu benützte er auch das offizielle Organ der Interessenvertretung, die Kammerzeitung "Landwirtschaftliche Mitteilungen". Dort schaltete er Inserate für den Präsidenten und Spitzenkandidaten des ÖVP-Bauernbundes, ohne jeden Hinweis ob es sich um ein Inserat handelt. Ganz abgesehen davon, dass den anderen Fraktionen überhaupt kein Platz in den – von allen bezahlten – Kammermitteilungen bisher eingeräumt wurde, besteht hier der Verdacht auf unerlaubte Parteienfinanzierung, Amtsmissbrauch und Korruption. Dies nahm der UBV als derzeitige Kontrollfraktion zum Anlass, um gegen die Führung der Kammer eine Sachverhaltsdarstellung bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft einzubringen, damit diese Ermittlungen einleiten kann. Diverse Medien wie Kleine Zeitung, Standard und Tiroler Tageszeitung nahmen sich dieses Themas an.

GERHARD MARIACHER

#### Das erfreuliche Kammerwahlergebnis

Bei den Kammerwahlen in der Steiermark gibt es vier Wahlkreise und 17 Bezirke. Im Jahre 2011 gab es 141.456 Wahlberechtigte bei insgesamt 39.388 Betrieben. Im Jahr 2014 waren es laut GRÜNER BERICHT 2015 noch 37.582. Aus mehrerlei Gründen strebt der UBV-Steiermark schon seit 2011 eine zeitgemäße Kammerwahlrechts-Reform an. Bisher ohne Erfolg, denn die SPÖ im Landtag war bisher auch noch dagegen. Neue Bemühungen des UBV könnten erfolgreicher sein, da sich die Parteienmandate im Landtag gewaltig geändert haben und die SPÖ-Bauern mangels eines Grundmandates nicht mehr in der neuen Kammervollversammlung vertreten sind. – Das Ergebnis vom 31. Jänner war:

Wahlberechtigte 135.803 gültige Stimmen 50.779 abgegebene Stimmen 52.883 Wahlbeteiligung 38,94 %

Die Vollversammlung beinhaltet 39 Mandate. Für die BBKs werden 180 vergeben.

ÖVP-Bauernbund	35.398 = 69,71%	30 (-2) LK-Mandate	139 BBK-Mandate
SPÖ-Landvolk	3.427 = 6,75%	0 (-4) LK-Mandate	11 BBK-Mandate
UBV	4.332 = 8,53%	4 (+2) LK-Mandate	12 BBK-Mandate
Freih. Bauern	6.144 = 12,10 %	5 (+5) LK-Mandate	18 BBK-Mandate
Grüne Bauern	1.478 = 2.91%	0 (-1) LK-Mandate	0 BBK-Mandate

Die Mandatsverteilung ergibt sich auch durch die Anzahl der Grundmandate. Hier erreichte die Freiheitliche Bauernschaft nur eines, der UBV zwei. – In die neue Vollversammlung, deren Konstituierung am 4. März erfolgt, entsendet der UBV:

Johann ILSINGER, Bez. Liezen – Johann HERBST, Bez. Weiz – Gerhard MARIACHER, Bezirk Graz und Umgebung – und Martin BAUCHAT, Bezirk Leibnitz.

Nachbetrachtung: Ziemlich unfair war, dass sich die GRÜNEN der UBV-Wahlslogans bedienten. Die Wahlbeteiligung von knapp 39 % ist demokratiepolitisch katastrophal. Dazu Salzburgs UBV-Obmann Georg ESSL: "Zu den größten Verlierern stempelten sich die Bauern und Bäuerinnen selbst. Wenn man sich dem demokratischen Grundrecht frei und geheim wählen zu können verweigert, dann gleicht das einer Kapitulation. Für solch ein Verhalten, wo es um die Zukunft jedes Einzelnen geht, fehlt mir jegliches Verständnis."

Erbitten Ihre Unterstützung!! Wir haben gegenüber unseren Mitbewerbern, die jeweils von ihrer Partei gesponsert werden, einen finanziell überaus sparsamen Wahlkampf geführt. Unabhängig zu sein, schließt aber auch ein, sich Aufwendungen selbst zu finanzieren. Alle sind noch nicht abgedeckt, deshalb erbitten wir von unseren Mitgliedern und Freunden eine Wahlspende, egal in welcher Höhe, denn jeder Euro zählt! an: "UBV-Steiermark" – IBAN: AT18 3826 2000 0303 6753 – BIC: RZSTAT2G262. Ein herzliches DANKE im Voraus! Weitere Infos unter: www.ubv-steiermark.at

Wir haben diesen ungleichen Wahlgang erfolgreich bestanden. Das ist schon eine kleine Sensation und stärkt unser Selbstbewusstsein, zeigt, dass wir am richtigen Weg sind. Wir werden auch weiterhin unsere kritische Kontrollfunktion bestmöglich ausüben und "parteifrei & unabhängig" ausschließlich die berufsständischen Interessen aller Bauern und Grundbesitzer vertreten und zwar gegenüber jeder Partei, jeder Regierung.

# **OBERÖSTERREICH:**

### Vollversammlung vom 18.12.2015

Aus dem Bericht des Präsidenten: Durch intensives Drängen der LK konnte erreicht werden, dass vollpauschalierte Land- und Forstwirte bei Urprodukten von der Registrierkassenpflicht ausgenommen sind. – Die LK unterstützt die Grundeigentümer bei Bedarf bei der Überprüfung der neuen Einheitswertbescheide, sowie bei der Einbringung von Beschwerden gegen die neuen Bescheide, worüber die Finanzämter mit einer "Beschwerdevorentscheidung" entscheiden. Dagegen kann dann innerhalb eines Monats ein sogenannter "Vorlageantrag" beim Bundesfinanzgericht eingebracht werden. – In einer Studie der EU-Kommission wird festgestellt, dass Österreich zusammen mit Irland den geringsten Wert an Treibhausgas-Emmissionen je Kilogramm erzeugter Milch erreicht.

#### Aus den Ausschüssen

Eine wesentliche Ursache für den markanten Rückgang beim Milchpreis auf knapp über 30 Cent im Herbst, ist das Überangebot auf dem Weltmarkt. Die Milchanlieferung auch in der EU steigt (Irland, Belgien, Holland +10 % – Österreich +5 %). Dadurch ist der Preis für Milchpulver innerhalb eines Jahres um fast zwei Drittel eingebrochen. Nachdem die EU ein namhafter Nettoexporteur bei Milchprodukten ist, schlagen die schlechten Exporterlöse auf den Preis durch. Im Hoffnungsmarkt China haben große Unternehmen den Markt ruiniert, die Preise sind stark gefallen. Der H-Milchmarkt in China ist für österreichische Molkereien faktisch kaputt. (Berichterstatter KR Hosner)

Die Ernteversicherung für Grünland ist als Indexversicherung konzipiert, das heißt der Schadensfall wird auf Basis von Wetterdaten, die vom langjährigen Durchschnitt signifikant abweichen, ermittelt. Keine Schadenserhebung vor Ort. (KR<sup>in</sup> Miesenberger)

### Besondere Aussagen aus der Diskussion

Johann GROSSPÖTZL: Der Präsident des DBV Joachim RUCKWIED erklärte, dass die Einkommenssituation der Bauern katastrophal sei. Die Einkommen sind um 37 % auf 43.000 Euro je Betrieb und 30.000 Euro je AK gefallen, ohne Einrechnung der Ausgleichszahlungen. (In Österreich liegen diese noch um etwa 50 % niedriger, wobei die Ausgleichszahlungen mit eingerechnet sind.) In Bayern wurden die Betriebspämien für 2015 am 23.12.15 zu 100 % ausbezahlt, ohne AMA.

Johannes RAMSAUER: Für mich ist das Thema EW noch nicht abgeschlossen, die Position der BB-Fraktion schockiert mich. Unter Punkt 2 seiner Statuten von 1992 hat der BB festgelegt, dass es seine Aufgabe ist die Verbesserung der Einkommenslage sowie Schutz des Eigentums, der Umwelt und der natürlichen Produktionsgrundlagen. In Punkt 5 spricht er von einer aktiven Einkommenspolitik, insbesonders durch Preisanpassungen, Kostensenkungen und eine entsprechende Abgeltung von Leistungen für die Allgemeinheit. Am 25.10.2007 erklärte der BB, er kämpfe dafür, dass am Ertragswert als Bemessungsgrundlage festgehalten wird. (Laut geltendem Bewertungsgesetz ist dies der 18-fache REINERTRAG.) – So stark und doch nichts erreicht.

Klaus WIMMESBERGER: KR<sup>in</sup> Margit STEFFELDEMEL ist die Stellvertreterin des Vorstandsobmannes bei der Berglandmilch. Dort gab es Hausdurchsuchungen wegen Preisabsprachen, man hat sich außergerichtlich geeinigt und 1,125 Mio. Euro Strafe bezahlt. Was geschah mit den Schuldigen? Hat man von ihnen die Strafzahlung zurückgefordert? Letztlich haben die "Berglandbauern" alles bezahlt. –

Wenn es in den Jahren 2010 bis 2014 ein Einkommensminus in Summe von 27,6 % gibt, dann ist das ein ruinöses Niveau. Wenn das heurige Katastrophenjahr 2015 dazukommt, bei dem die Statistik Austria "nur" von einem weiterem Einkommensminus von 2,6 % ausgeht, dann scheint dies auf den ersten Blick nicht so dramatisch, wie sich die Situation aus eigenem Erleben auf den Höfen darstellt. Auch der Präsident hat in seinem Bericht das Jahr 2015 als das bisher schlechteste für die oö Landwirtschaft bezeichnet.

Karl KEPLINGER: Bei EU-Beitritt hat es geheißen wir müssten zur EU gehen, damit wir endlich mehr Außenschutz haben, genau diesen fordern wir ein. Wir können nicht alles schrankenlos liberalisieren, nicht alle Produkte hereinlassen. Deshalb ist der UBV gegen TTIP, das ja in Wirklichkeit ein Investorenabkommen ist.

Ich habe immer gefordert die Tierzuschläge beim EW zu streichen. Man kann nicht die Tierprämien besteuern und noch zusätzlich Tierzuschläge einheben, denn damit wird was vorher eine Ausgleichszahlung war, eine Doppelbesteuerung.

Wir stimmen dem (erstmaligen) GEMEINSAMEN Antrag aller vier Parteibauern-Fraktionen betreffend den "Erhalt der bisherigen Abgrenzung sonstigem benachteiligten Gebietes in OÖ" zu, auch wenn wir nicht dazu eingeladen wurden. (Warum nicht?)

Hannes WINKLEHNER: In der Kammerzeitung "Der Bauer" hieß es, dass bei den Vorschusszahlungen bei "Säule 1" maximal 50 % und beim ÖPUL bis zu 75 % der Auszahlungen zu erwarten sind. Beim ÖPUL wissen wir inzwischen, dass es bei weitem keine 75 % sind. Da passt super dazu, dass manche mittlerweile die neuen EW zugeschickt bekamen mit Erhöhungen von 40 % bis zu 100 % – sehr oft bei Rinderbauern.

Ich wiederhole meinen ins Lächerliche gezogenen Vorschlag, dass sich "gesellschaftliche" Feierlichkeiten in der Kammer die Mitglieder der Vollversammlung selber bezahlen. Die Einhebung von drei Prozent bei allen Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern würde meines Erachtens dafür völlig ausreichen. Dies würde das Kammerbudget entlasten und dem Image der Kammerräte gut tun. Denn es ist absolut nicht schön, wenn wir uns solche Feiern von den Plichtmitgliedern der LK bezahlen lassen.

Clemens STAMMLER: Immerhin haben wir in Österreich noch 146.000 Betriebe. Deren Einkommen ist laut Grüner Bericht um 7,4 % auf 23.370 Euro abgesunken. Das macht abzüglich der Förderung von 17.000 Euro 6.360 Euro. Davon die SVB-Beiträge abgezogen, haben die Höfe im Jahr 2.700 Euro erwirtschaftet, also weniger als die SVB-Beiträge ausmachen. Dem gegenüber stehen auf der Homepage des "Lebensministeriums" die vier "Mutmacher". Ich halte es bei deren Beurteilung mit meinem Großvater, der zur Weihnachtszeit oft gesagt hat: "Wenn es draußen an der Türe pumpert, ist es Knecht Rupprecht mit seinem Klumpert."

**Franz GRAF:** Die Argumentation des Präsidenten ist stets, ohne Einheitswerte hätten wir Verkehrswerte. Da vergisst man dazwischen etwas. Es kann schon möglich sein, dass das Thema politisch nicht anders umsetzbar war. Die Standesvertretung hier herinnen soll allerdings nicht zum Verteidiger dessen werden, was politisch noch umsetzbar war. Der EW sollte der Ertragswert sein und das ist er bei weitem nicht. – Die GEMEINSAME Agrarpolitik ist am Holzweg. Wenn das so weiter geht, werden wir am Ende des Tages so weit kommen, dass von den bäuerlichen Familienbetrieben in Österreich und der EU keiner mehr übrig bleibt. Das ist der falsche Weg.

### Also sprach Landesrat Max Hiegelsberger

Herr KR STAMMLER, wenn man nicht in der Politik ist, wird man sie auch nicht einschätzen können. – Herr KR GRAF, ich ersuche dich, dir einmal Gerd SONNLEITNER vom BBV anzuhören. Er meint, dass man von dem was in Österreich agrarpolitisch gelungen ist (Besteuerung, Pauschalierung, Sozialversicherung), in Bayern nur träumen kann.

Wenn man hier herinnen eine Exportagentur belächelt, vergisst man, dass wir im Milchbereich 50 % der Produktion außer Landes bringen müssen. – Moralisch relevante Fragen gibt es nicht nur in der Nutztierhaltung, sondern auch in der Heimtierhaltung. Ist zum Beispiel von einer guten Haltung zu sprechen, wenn ein Mensch die Ernährung seines Hundes auf vegan umstellt, oder Katzen in Schönheitsstudios gezerrt werden?

Wir haben bei den Schweinen 103 Prozent des Inlandsbedarfs an Produktion, aber von dem essen wir nur 60 % und 40 % des Schweins wird bei uns nicht mehr gegessen, weil viele Teile niemand mehr

essen möchte. Das muss man auch wissen, wenn es um die Forderung geht, wir sollten die Produktion erweitern oder zumindest halten. (Anm.: Verschiedene preiswerte Fleischstücke werden ja als Frischfleisch kaum mehr angeboten, dafür aber bei den Gustostückerl unentwegt Billigaktionen gestartet.)

UBV lehnte Voranschlag 2016 ab. Weil der UBV einst die Erhöhung der Kammerumlage auf 750 % des Grundsteuermessbetrages ablehnte und diese wiederum im Voranschlag enthalten ist, musste der UBV aus Gründen der Glaubwürdigkeit den Voranschlag ablehnen, wobei auch grunsätzliche Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Es ist nicht uninteressant, dass die FB-Fraktion lange Jahre diese Auffassung teilte, heuer aber dem Voranschlag und damit der darin enthaltenen Kammerumlagenerhöhung zugestimmt hat. – Ablehnung der Gebührenvorschrift für Funktionäre von UBV und Grünen. Unter anderem auch, weil entgegen der Gepflogenheit "erst Leistung, dann Lohn", die Hälfte des Kanzleigeldes (400 Euro/Jahr) alle Ortsbauernobmänner erhalten, auch wenn sie ihre pflichtgemäßen zwei Sitzungen pro Jahr nicht abhalten.

#### **UBV** brachte acht Anträge ein

- 1. **"Keine zusätzlichen Flächen für Natura 2000".** Der Antrag wird <u>mit den Stimmen von Bauernbund und SPÖ</u> angenommen. Dagegen waren FB und Grüne.
- 2. "Hektarsätze auf Naturaflächen reduzieren", mehrheitlich abgelehnt von BB, SPÖ, Ganglmayr (FB).
- 3. "Einkommenssteuerrechtliche Nachteile durch Ausgleichszahlungen erst im Nachfolgejahr vermeiden". Der Antrag wird von allen Parteifraktionen abgelehnt.
- 4. "Öffentliche Kostenübernahme für Mykroplasmen- und Circo-Impfungen bei Schweinen, bis auf Weiteres wegen des Preisverfalls". Von BB und SPÖ mehrheitlich abgelehnt.
- 5. "Für wichtige land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse Vollkostenkalkulationen erstellen", um die existenzbedrohende Situation in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. (In bayrischen landwirtschaftlichen Fachzeitungen geschieht dies immer wieder). – Mehrheitlich von BB, SPÖ und Ganglmayr (FB) abgelehnt.
- 6. "Importverbot für Produkte tierischer Herkunft, die nicht nach dem österr. Tierschutzgesetz produziert werden". Von BB und SPÖ mehrheitlich abgelehnt.
- 7. "Gratisspangen sofort in vollem Umfang refundieren". Dieser Antrag wird zurückgezogen, nachem sich ergab, dass die Informationen dafür unvollständig waren.
- 8. "Protokolle der COPA-Sitzungen der Vollversammlung vorlegen". Dazu Präsident REISECKER: COPA-Sitzungen sind nicht öffentlich, zur Weitergabe bin ich nicht berechtigt. Kein Wort sondern nur Ergebnisprotokolle aus denen nicht jede Wortmeldung ersichtlich ist. Unterlagen zu Fragen werden zur Verfügung gestellt, über wichtige Entscheidungen berichtet. Der Antrag wird mit Mehrheit von BB und SPÖ abgelehnt.

### Bemerkenswertes rund um die Anträge

Da fiel zum Beispiel auf, dass neben der Resolution des Präsidiums, die in der Regel erst am Vortag der Vollversammlung den Fraktionen zur Kenntnis gebracht wird, auch alle drei Anträge (die drei Werktage vor der Vollversammlung in der Direktion einlangen müssen) des BB von Präsident und dessen Vize unterzeichnet waren. Übrigens hat der UBV nicht nur der Resolution, sondern auch diesen Anträgen zugestimmt.

Der einzige SPÖ-Bauern-Antrag "NEIN zu TTIP" fand keine Zustimmung der BB-Mehrheitsfraktion und wurde somit abgelehnt.

Einstimmige Annahme fand der FB-Antrag "Schutzmaßnahmen für europäische Lebensmittelproduktion". – Erstmals unterstützten nur BB- und SPÖ-Bauern einen UBV-Antrag. – Den UBV-Antrag hinsichtlich "einkommenssteuerrechtliche Nachteile…", lehnen ALLE Parteifraktionen ab.

Erstmals wurde ein GEMEINSAMER Antrag aller Parteifraktionen betreffend die "Beibehaltung der bisherigen Abgrenzung sonstigen benachteiligten Gebietes in OÖ" eingebracht. Auch die einzige UNABHÄNGIGE Fraktion miteinzubeziehen, die dennoch diesem Antrag zugestimmt hat, dazu reichte offensichtlich die Selbstüberwindung noch nicht.

Taktisch klug gelang den Grünen, dass ihren Antrag auf "Novellierung der Gesetzgebung bezüglich der oö Infrastrukturprojekte" der BB miteinbrachte. Einstimmige Annahme.

### LANDESVERBANDSTAG – PEUERBACH AM 27.12.2015

Bei herrlichem "Herbstwetter" kann Obmann Karl KEPLINGER etwa 200 Mitglieder und Freunde des UBV, die Pressevertreter und die Gastreferenten von der OÖ Rinderbörse Rudolf MITTERBUCHNER und Rudolf ROGL begrüßen. Sein Rückblick beginnt bei der sehr erfolgreichen Kammerwahl, wo es Ziel des UBV ist, die BB-Mehrheit zu brechen. Das bestätigte Anrecht auf einen Sitz in der Vollversammlung der SVB verweigert LK-Präsident REISECKER weiterhin, aber wir werden nicht aufgeben.

Durch den Wahlerfolg kann der UBV für sich in Anspruch nehmen, dass er den Landeszuschuss zu den SVB-Beiträgen im 4. Quartal initiierte. Ebenso, dass wenigstens ein Teil der ÖPUL-Gelder ausbezahlt wurden und die geplante Änderung im Jagdrecht betreffend Wildschadenvergütung nicht erfolgte. - 26 Anträge brachte der UBV im Interesse der Gesamtbauernschaft ein, Hannes WINKLEHNER berichtete darüber. - Generell lehnt der UBV die Einbeziehung der Agrarsparte ins TTIP ab. - Positiv der Kassabericht, vorgetragen vom scheidenden Kassier Johann LOHNER, der für seine exakte Funktionsausübung vom Obmann geehrt wurde. – Überaus interessant waren die Gastreferate und die daran anschließende Diskussion (Bericht erfolgt später). So endete ein erfolgreiches UBV-Jahr.

#### Einstimmige Neuwahl der Landesleitung

Beiräte: Johann Himmelfreundpointner Obmann: KR Karl Keplinger Stv. KR Hannes Winklehner Anton Stummer, Johannes Ramsauer Stv. Ilse Feldbauer, Gudrun Roitner Hannes Winkler, Georg Ornetsmüller jun. Stv. Klaus Wimmesberger, Elfriede Hemetsberger Stefan Wurm, Josef Kasinger Schriftf.: Werner Neubacher-Krenmeier Johann Lohner, Andreas Etlinger Stv. Christian Kernecker Christiane Pirklbauer, Karl Ketter Kassier: Johann Großpötzl Rechnungsprüfer: Kurt Kammerleitner, Erich Perger Pens.-Vertr.: Albert Brandstetter Stv. Herbert **Pühringer** <u>UBV-Büro:</u> Christine **Grüneis** · Tel. 0650 2624245 · Mo 9–12 u. 14–17, Mi 9–12

### JAHRES-MITGLIEDSBEITRAG 2016

Etwa 70 % der Mitglieder haben schon ihren Mitgliedsbeitrag bezahlt, Du auch? Bei diesen allen bedanken wir uns herzlich für ihre Pünktlichkeit, die uns hilft und sichert, dass wir unsere notwendigen Vorhaben auch verwirklichen können. Jene aber, die noch nicht bezahlt haben ersuchen wir um Einzahlung bis Ende März 2016, auf das nachfolgend angeführte Konto, weil ansonsten die nächste Ausgabe der "Unabhängigen Bauernzeitung" nicht mehr zugestellt werden kann. Die Bankverbindung lautet: UBV/OÖ IBAN: AT92 2031 0321 0035 6455 BIC: ASPKAT2LXXX.

Bitte Name und Adresse lesbar angeben, damit wir die Einzahlung zuordnen können! Der Mitgliedsbeitrag beträgt unverändert EIN Promille des land- und forstwirtschaftlichen Einheitswertes (Beispiel EW 35.000 bedeutet Mitgliedsbeitrag von 35 Euro). Der Mindestbeitrag beträgt 30,- Euro! Der Erhalt der UBZ ist inbegriffen.

# BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem "Österr. Unabhäng. Bauernverband", Landesverband			bei.	
Vor- und Zuname:		geb. am: _		
Hausname:	Wohnort:			
Post:	Tel/Fax/E-Mail:			
Land- u. Forstw. Einheitswert:	Datum:	Unterschrift:		
		_		

Ich erhalte die "Unabhäng. Bauernzeitung" (UBZ) kostenlos (nach Einzahlung von mindestens 30,- Euro/Jahr).

WWW.UBV.AT OFFICE@UBV.AT Salzburg + Tirol Steiermark

Bitte einsenden aus: NÖ + Bgl. + Wien an: Hubert Buchinger, Wiese Höhe 45, 3340 Waidhofen/Ybbs OÖ + Krnt. + Vrbg. an: Christine Grüneis, Kriegen 1, 4761 Enzenkirchen an: Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen an: Johann Ilsinger, Erlsbach 14, 8953 Donnersbach